

Zeitschrift: Die Schweiz = Suisse = Svizzera = Switzerland : offizielle Reisezeitschrift der Schweiz. Verkehrszentrale, der Schweizerischen Bundesbahnen, Privatbahnen ... [et al.]

Herausgeber: Schweizerische Verkehrszentrale

Band: 49 (1976)

Heft: 7

Artikel: Die Schweiz in den Debatten des Verfassungskonvents von Philadelphia = La Suisse dans l'optique de la Convention constituante de Philadelphie = Switzerland in the debates of the Constitutional Convention of Philadelphia

Autor: Guggisberg, Hans R.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-774749>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

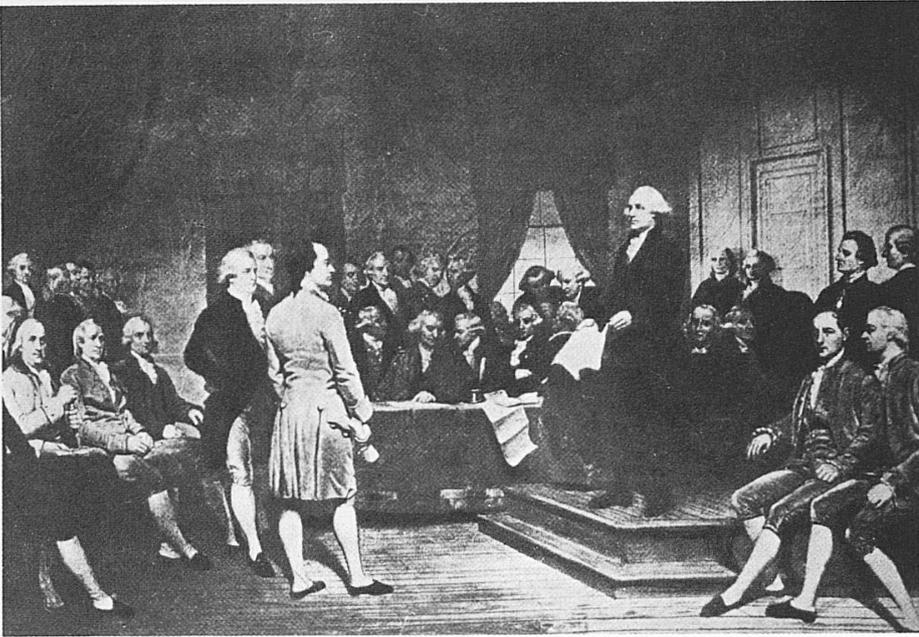
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



The Constitutional Convention in Philadelphia, 1787

Die Schweiz in den Debatten des Verfassungskonvents von Philadelphia

Zu den wichtigsten und interessantesten Aspekten der frühen Geschichte der USA gehört der Übergang vom losen Staatenbund zum Bundesstaat mit starker Zentralregierung. Diese Entwicklung lässt sich mit der Geschichte der Schweiz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vergleichen, aber man darf dabei nicht übersehen, dass sie in den Vereinigten Staaten sehr viel rascher vor sich ging als in der Eidgenossenschaft. Dass sich die Schöpfer der schweizerischen Bundesverfassung von 1848 am amerikanischen Vorbild aus dem Jahre 1787 orientierten, ist seit langem bekannt. Weniger bekannt hingegen dürfte die Tatsache sein, dass verschiedene «Founding Fathers» der amerikanischen Republik ihrerseits mit den institutionellen und innenpolitischen Problemen der Eidgenossenschaft im Ancien Régime recht genau vertraut waren und daraus gewisse Lehren zogen. Der sogenannte Kontinentalkongress, der am 4. Juli 1776 die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt hatte, war eine Konferenz von Gesandten aus dreizehn britischen Kolonien an der Ostküste des nordamerikanischen Kontinentes, die sich fortan als souveräne Staaten und Mitglieder einer Konföderation betrachteten. Dieser De-facto-Zustand war 1777 durch die «Articles of Confederation» legalisiert worden. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Unabhängigkeitskrieges zeigte sich jedoch sehr bald, dass der amerikanische Staatenbund viele organisatorische Schwächen aufwies und dass der schwerfällige Kontinentalkongress kein geeignetes Instrument zur Förderung der nationalen Interessen war. Er konnte die wirtschaftliche

Abhängigkeit von den europäischen Mächten nicht beseitigen und war auch nicht stark genug, um die Einzelstaaten zur Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Gesamtkonföderation zu veranlassen. Diese Tatsache sowie die anhaltende innere Unrast in mehreren Staaten brachte viele einflussreiche Politiker zur Überzeugung, dass eine neue konstitutionelle Ordnung geschaffen werden müsse. Zu diesem Zwecke war die Einberufung eines nationalen Verfassungskonvents notwendig; sie wurde nach längeren Vorverhandlungen im Februar 1787 vom Kongress beschlossen.

Der Konvent tagte dann unter dem Vorsitz George Washingtons von Ende Mai bis Mitte September desselben Jahres in Philadelphia. Sein Werk war die bis zum heutigen Tage gültige Bundesverfassung der USA. Die Debatten wurden fast durchwegs von den Befürwortern einer engeren Union mit starker Zentralgewalt beherrscht. Die Versammlung bestand zum grossen Teil aus Politikern, die über ausgezeichnete historische und juristische Kenntnisse verfügten. Das Studium der Protokolle und der privaten Aufzeichnungen einzelner Verhandlungsteilnehmer zeigt, dass in den Gesprächen sehr viele Beispiele aus der älteren und neueren Geschichte Europas herangezogen wurden und dass die meisten Votanten nicht nur die englische Rechtsliteratur genau kannten, sondern mit dem allgemeinen Schrifttum der europäischen Rechts- und Staatsphilosophie aufs eingehendste vertraut waren. Von Anfang an war unbestritten, dass die amerikanische Nation eine Republik sein und bleiben sollte. Republikanische

Geliebte Schwesterrepublik

Um die Mitte des letzten Jahrhunderts brandete – von der Schweiz ausgehend – Woge um Woge der Sympathie an die Gestade der Republik jenseits des Atlantiks. Schweizer Zeitungen wurden nicht müde, dem neuen Staatswesen Grossmachtgeltung zu prophezeien und ihm die Wahrung seiner Interessen in Europa angelegentlich zu empfehlen. Dabei war deutlich der Wunsch Vater des Gedankens: Dem jungen schweizerischen Bundesstaat in aussenpolitisch wenig beneidenswerter Situation wäre amerikanisches Engagement in Europa sehr dienlich gewesen.

Den Interventionsdrohungen in Zusammenhang mit dem Sonderbund waren Druckversuche ausländischer Regierungen wegen der Flüchtlinge gefolgt, die nach den Revolutionsjahren 1848/49 in der Schweiz Asyl gefunden hatten. Auch Louis Napoleon, ehemals selbst wohlbehüteter Flüchtling in der Schweiz, war als Kaiser Napoleon III. in seinen Forderungen keineswegs zimperlich. Österreich wiederum beschuldigte die Tessiner der Einmischung in der damals noch von ihm beherrschten Lombardei. Und 1856/57 schien ein Krieg mit Preussen als Folge des Neuenburger Handels unabwendbar. Als sich auch Italien und Deutschland zu – monarchisch regierten – Nationalstaaten entwickelt hatten, sah sich die Schweiz von vier Grossmächten umschlossen, und ihr Balancespiel gestaltete sich immer schwieriger. Verständlich, dass man sich unter diesen Umständen nach einer mitfühlenden republikanischen Seele, ja vielleicht einer helfenden Hand sehnte...

Hinter den Sympathieaktionen standen bestimmte Kreise, die natürlich stets «im Namen des Schweizervolks» handelten und wenn möglich auch den Bundesrat einbezogen.

1 Tonne Habkerngranit nach Washington

1850 hatten Amerika-Schweizer angeregt, «es möchte der Bundesrath zu dem Denkmal des Generals Washington, das gegenwärtig in Washington ausgeführt werde, als Zeichen der Anerkennung und des Beifalls ebenfalls einen Blok von Marmor oder irgend einer andern schönen und dauerhaften Felsenart senden, um mit denjenigen, welche von allen Seiten der vereinigten

Als schweizerischer Beitrag zum George-Washington-Monument, dem über 180 m hohen Obelisken in Washington D. C., wurde 1852 ein Block aus dem Granitfindling auf dem Luegiboden im Habkernthal bei Interlaken herausgehauen und nach den USA transportiert. Photo: W. Studer, Xylographie aus der «Leipziger Illustrierten Zeitung» 10.8.1850, Zentralbibliothek Zürich

Comme contribution au monument de George Washington – l'obélisque haut de plus de 180 mètres à Washington D. C. – on a découpé un bloc de granit au Luegiboden dans le Habkernthal, près d'Interlaken, et on l'a transporté aux Etats-Unis

Quale contributo svizzero al monumento di George Washington, un obelisco di oltre 180 m di altezza eretto a Washington D. C., nel 1852 un blocco granitico venne estratto dal masso erratico che giace a Luegiboden, nel Habkernthal presso Interlaken, e trasportato negli Stati Uniti

A block hewn from an erratic boulder at Luegiboden in the Habkern Valley near Interlaken in 1852 was shipped to the USA as a Swiss contribution to the George Washington Monument, the 590-ft. obelisk in Washington D. C.

Staatsform war in den Augen der «Founding Fathers» von vornherein moralisch hochstehend und tugendhaft; in jeder Monarchie dagegen lauerte ihrer einhelligen Meinung nach die Gefahr der Tyrannei und der Korruption. Es ist begreiflich, dass ihnen aus dieser Sicht der Dinge heraus in der europäischen Geschichte immer wieder jene Staaten interessant erschienen, die eine republikanische Regierung besessen hatten oder noch besaßen. Im antiken Bereich waren dies die griechischen Republiken und Rom, in der Neuzeit anerkannten sie generell nur zwei Beispiele, nämlich die Niederlande und die Schweiz. Während nun in den Konventsdebatten von Philadelphia die römische Republik meistens recht positiv dargestellt und gelegentlich sogar heroisiert wurde, hatten die «Founding Fathers» für die griechischen Republiken und auch für die beiden neuzeitlichen Staatswesen republikanisch-föderativer Prägung recht viel Kritik übrig. Wir beschränken uns hier auf einige ihrer Aussagen über die Schweiz.

Am 4. Juni 1787 hielt George Mason aus Virginia eine Rede, in welcher er betonte, dass es wichtig sei, in der neu zu organisierenden amerikanischen Nation die Vaterlandsliebe der einzelnen Bürger systematisch heranzubilden und zu stärken, denn nur so könne das Land im Moment einer Bedrohung von aussen wirksam verteidigt werden. Hier wies Mason auf die Schweiz hin und hob hervor, dass diese ihre Freiheit und Unabhängigkeit bisher nur deshalb habe behaupten können, weil ihre Bewohner stets bereit gewesen seien, zur Verteidigung der Heimat schwerste Opfer auf sich zu nehmen.

Viel weniger positiv als dieses etwas klischeehaft anmutende Bild erscheint das Urteil über die Schweiz in einem längeren Votum Alexander Hamiltons vom 18. Juni. Der ebenso kenntnisreiche wie scharfsinnige Delegierte des Staates New York setzte sich hier vehement für die Stärkung der amerikanischen Union ein und erklärte mit allem Nachdruck, dass Föderationen mit schwacher Zentralgewalt stets früher oder später dem Untergang geweiht seien. Als Hauptbeispiele diente ihm das Deutsche Reich und vor allem die Schweizerische Eidgenossenschaft: Die Schweizer besitzen nach seiner Meinung in der Gegenwart des späten 18. Jahrhunderts keine wirkliche «Union» mehr; die Orte sind unter sich uneinig, einige stehen im Soldbündnis mit Frankreich, andere mit den Niederlanden, und es gibt nicht einmal mehr eine einzige und wirklich handlungsfähige Tagsatzung. Der Staatenbund ist völlig «inefficient» geworden; seine Zukunft wird von Hamilton als äusserst unsicher beurteilt. Ganz ähnlich äusserte sich auch der Virginier James Madison (19. Juni). Er meinte, die Eidgenossenschaft sei kaum mehr als eine Föderation zu bezeichnen, sie sei nach aussen und innen schwach, werde sowohl durch die Macht Habsburgs als auch durch Frankreich in ihrer Existenz bedroht und könne für Amerika in keiner Weise als nachahmenswertes Beispiel gelten. James Wilson aus Pennsylvania war der Meinung, dass es für die konsolidierte amerikanische Union überhaupt keine geschichtlichen Vorbilder gebe und dass in der Neuen Welt etwas völlig Neues geschaffen werde. Immerhin bewies dieser überaus gebildete Jurist in bezug auf die Schweiz doch eine grundsätzlich richtige Einsicht, wenn er sagte, sie werde als Nation nur durch die alle Teile gleichermassen bedrohenden Gefahren von aussen zusammengehalten (20. Juni).

Sehr lange und ausführlich wurde im Konvent von Philadelphia über das Verhältnis der einzelnen Bundesglieder zueinander und zur Zentralregierung diskutiert. Energisch wandten sich die Vertreter der kleineren Staaten gegen den Anspruch der grösseren auf stärkere Vertretung im Kongress. Im Zuge dieser Debatte fand der Abgeordnete Luther Martin aus Maryland über die Schweiz nun doch wieder etwas Positives zu sagen. Er betonte nämlich, dass das Prinzip der Gleichheit unter den eidgenössischen Orten stets hochgehalten worden sei, obwohl etwa Bern durchaus in der Lage gewesen wäre, sich eine dauernde Vormachtstellung zu erwerben und zu sichern. Im ganzen sah aber auch Martin im schweizerischen Staatenbund mehr Schwächen als Qualitäten (28. Juni). Dass die Schweiz in naher Zukunft ein ähnliches Schicksal erleiden könnte, wie es den griechischen Republiken in der Zeit der makedonischen Invasion beschieden gewesen sei, tonte auch Charles Pinckney aus South Carolina an, und zwar in einer Flugschrift, die während des Konvents veröffentlicht wurde und beträchtliche Verbreitung fand.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass unter den amerikanischen Verfassungsvätern keine besonders hohe Meinung über die Schweizerische Eidgenossenschaft vorherrschte. Sie betrachteten sie als eine Republik im Niedergang, die in ihrer Existenz gefährdet war, weil sie keine starke Zentralregierung besass und daher für Amerika kein Vorbild sein konnte. Rückblicke in die Frühzeit der eidgenössischen Bünde wurden nicht unternommen, und von einer idealisierenden Beschwörung ihrer Entstehungsgeschichte findet sich in den Konventsdebatten keine Spur. Dass der Tell-Mythos in den Vereinigten Staaten erst an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert einsetzte und auch zu dieser Zeit nur sehr gemässigte Formen annahm, hat der schweizerisch-amerikanische Historiker Leo Schelbert in einem aufschlussreichen Kapitel des Buches «*Quel Tell?*» (Payot, Lausanne 1973) deutlich hervorgehoben. *Hans R. Guggisberg*

La Suisse dans l'optique de la Convention constituante de Philadelphie

La transition entre la simple fédération d'Etats et l'Etat fédéral doté d'un gouvernement central puissant constitue un des aspects les plus importants et les plus intéressants de la phase initiale de l'histoire des Etats-Unis. Cette évolution peut être comparée à celle qui s'est accomplie en Suisse pendant la première moitié du XIX^e siècle. Il importe toutefois de rappeler qu'elle fut aux Etats-Unis beaucoup plus rapide qu'en Suisse. On sait que les auteurs de notre Constitution fédérale de 1848 se sont inspirés du modèle américain de 1787. Ce que l'on sait moins, c'est que plusieurs «pères fondateurs» de la République américaine connaissaient fort bien les problèmes constitutionnels et politiques de

Staaten herkommen, im Innern des Obelisk eingemauert zu werden.» Der Bundesrat beauftragte das Post- und Baudepartement, nach geeigneten Steinen Umschau zu halten und Vorschläge für die Gestaltung einzuholen.

Aus Amerika kam die Anregung, die Platte solle «womöglich von Marmor oder Granit sein. Im Relief könnte dargestellt sein: der Ocean mit zwei Küsten, auf der einen Küste Wilhelm Tell mit der Kapelle, auf der andern General Washington mit dem Capitol, beide Patrioten gegenseitig einen Arm zum Gruss ausstreckend, dazwischen über dem Ocean schwebend die Friedensgöttin mit ihren Insignien». Dieser hinreissende Vorschlag fand offenbar keine Gnade; nüchtern beschloss der Bundesrat, es sei ein Stein «ohne Wappen und Verzierung und bloss poliert, zu senden, mit folgender aus vergoldeten Metalllettern bestehenden Inschrift: THE OLD FREE SWISS TO THE MEMORY OF GENERAL G. WASHINGTON».

Langes Hin und Her wegen des Steins: Jadestein und Porphyr sind zu hart, Marmor aus dem Avers zu weich, «Granit als ältestes aller Gesteine und Grundmasse der Alpen, scheint dieses Adels wegen für eine Republik nicht zu passen...». Da gibt der Geologe Prof. Studer den Geheimtip: Habkerngranit!

Dieser rötliche Granit kommt nirgends in den Alpen anstehend vor und ist in Form exotischer Blöcke als Überrest eines zerstörten kristallinen Massivs hauptsächlich im Habkernal bei Interlaken zu finden. Der grösste der Findlinge (5000 m) liegt auf dem Luegiboden in 1150 m Höhe an der Nordflanke des Harder. Hier wurde eine 1 m grosse Platte herausgehauen und 1852, wie es scheint ohne Schwierigkeiten, nach Amerika transportiert. Das Bundesblatt vergisst nicht zu vermelden, dass der Kapitän des Überseeschiffs «aus anerkannter Sympathie den Stein frachtfrei übernommen habe». Im Festzug wurde er durch Washington geführt, vorbei am Weissen Haus, wo der amerikanische Präsident «die treffenden Worte» geäussert haben soll: «Ohne den Schweizerstein wäre das Washington-Monument nicht vollständig».

Schweizerherz bricht vor Freude und Rührung

Amerikabegeisterung kam auch auf Schützenfesten – stets einem Ort patriotischer Hochstimmung – zu heftigem Ausbruch. In überschwenglichen Worten schildern die Zeitungen die Verbrüderungsszene mit dem «treuesten Bundesgenossen der Schweizer», für die das Eidgenössische Freischiessen in Luzern 1853 das Podium abgegeben hatte: «Das Prachtvollste, das Glänzendste unter all' den grossen Erscheinungen des Tags war unstreitig der Empfang des Sternenbanners von Amerika, welches von sieben Schützen begleitet über den Ocean herbeigeschwommen war, um das heilige Banner der Schwesterrepublik zu küssen... Ungeheuer war die Theilnahme des zahlreich herbeigeströmten Volks, welches den Handschlag der Schwesterrepublik im fernen Westen jenseits des Oceans reichen wollte; das Schweizerherz brach fast vor Freude und Rührung...»

Amerikas Präsident liest 20000 Unterschriften aus der Schweiz

Der amerikanische Bürgerkrieg wurde in der Schweiz mit tiefer Anteilnahme verfolgt. Man sah in der Auseinandersetzung zwischen den Nord- und den Südstaaten – durchaus verzerrt – ein

l'ancien régime de notre Confédération et qu'ils en ont tiré certains enseignements.

Le Congrès dit «continental», qui avait proclamé l'indépendance des Etats-Unis d'Amérique le 4 juillet 1776, était en fait une conférence des délégués de treize colonies britanniques de la côte est du continent nord-américain, qui se considéraient désormais comme des Etats souverains unis en tant que membres d'une Confédération. Cette situation de fait avait été sanctionnée en 1777 par les «articles de Confédération». Mais après les victoires dans la guerre d'Indépendance, on ne tarda pas à se rendre compte du fait que l'organisation fédérale américaine présentait de nombreuses faiblesses et que le pesant appareil du Congrès continental ne permettait pas de développer efficacement les intérêts nationaux. Il n'était ni apte à éliminer la dépendance économique à l'égard des puissances européennes ni assez fort pour obliger les différents Etats membres à s'acquitter de leurs obligations financières envers l'ensemble de la Confédération. Ce fait, ainsi que les troubles qui persistaient dans différents Etats, persuadèrent beaucoup d'hommes politiques influents de la nécessité d'un nouvel ordre constitutionnel. Il fallait convoquer à cette intention une Convention constituante nationale; c'est ce qui fut décidé en février 1787 par le Congrès, après de longs débats préliminaires.

La Convention siégea à Philadelphie sous la présidence de George Washington de la fin mai à la mi-septembre. Elle élabora la Constitution fédérale des Etats-Unis, qui est encore en vigueur aujourd'hui. Les débats furent dominés presque constamment par les partisans d'une union étroite au sein d'un Etat central puissant. L'assemblée se composait en grande partie d'hommes politiques possédant une formation historique et juridique remarquable. L'étude des procès-verbaux et des notes privées de plusieurs membres de la Convention révèle que les délégués se référaient dans les débats à de nombreux exemples tirés de l'histoire passée et récente de l'Europe et que la plupart connaissaient fort bien non seulement la jurisprudence anglaise, mais aussi, d'une manière générale, la philosophie du droit et les doctrines politiques européennes. On s'accorda dès le début sur le principe que la nation américaine serait et resterait une république, la forme d'Etat républicaine étant aux yeux des «pères fondateurs» vertueuse et hautement morale par définition, tandis que la monarchie est exposée au danger de la tyrannie et de la corruption. On conçoit aisément que, dans cette optique, leur attention ait été attirée plus spécialement par les Etats européens qui avaient eu ou avaient encore un régime républicain. Tel avait été le cas de la Grèce et de Rome dans l'Antiquité, tandis que dans les temps modernes ils ne connaissaient en somme que deux exemples: les Pays-Bas et la Suisse.

Si, au cours des débats de la Convention de Philadelphie, la République romaine est dépeinte en général sous des couleurs favorables, et même parfois idéalisée, en revanche les Républiques grecques, comme aussi les deux Etats modernes de type républicain et fédéraliste, font l'objet de fréquentes critiques. Nous nous bornerons ici à quelques citations concernant la Suisse.

Dans un discours prononcé le 4 juin 1787, George Mason, délégué de la Virginie, déclarait qu'il était important pour la nation américaine, à la recherche d'une nouvelle organisation, de cultiver et de développer systématiquement l'a-

mour des citoyens pour leur patrie, car c'est ainsi seulement que le pays pourrait être défendu efficacement contre une menace extérieure. Il cita dans ce contexte les Suisses, soulignant qu'ils n'avaient pu sauvegarder leurs libertés et leur indépendance que parce qu'ils étaient prêts en tout temps à assumer les plus lourds sacrifices pour la défense de la patrie.

Le jugement formulé sur la Suisse par Alexander Hamilton dans son intervention du 18 juin est beaucoup moins favorable que cette image flatteuse mais assez conventionnelle. Ce délégué de l'Etat de New York, aussi perspicace que bien informé, plaida avec véhémence en faveur du renforcement de l'union américaine, en insistant sur le fait que des fédérations sans pouvoir central puissant sont vouées au déclin à plus ou moins brève échéance. Il en donna pour exemples l'Empire germanique et surtout la Confédération suisse: les Suisses, disait-il, n'avaient en somme plus de réelle «union» à la fin du XVIII^e siècle, les cantons étant en désaccord – les uns à la solde de la France, d'autres à celle des Pays-Bas – et n'ayant même plus une Diète unique dotée de véritables pouvoirs. Il estime que l'Alliance des Confédérés est devenue totalement «inefficace» et que son avenir est tout à fait incertain. Le délégué de la Virginie, James Madison, s'exprimait le 19 juin en termes semblables. A son avis, on ne pouvait presque plus considérer la Suisse comme une fédération; faible à l'extérieur comme à l'intérieur, elle était menacée aussi bien par les Habsbourg que par la France, de sorte que l'Amérique ne pouvait en aucun cas la citer en exemple. Quant à James Wilson, délégué de Pennsylvanie, il était d'avis qu'il n'existait pas de modèle historique pour l'Union américaine renforcée et que le Nouveau-Monde exigeait que l'on créât quelque chose d'absolument nouveau. Ce juriste éminemment cultivé énonça toutefois une opinion fondamentalement juste au sujet de la Suisse, quand il déclara, le 20 juin, que sa cohésion n'était assurée en tant que nation que de l'extérieur, par les dangers qui menaçaient d'une manière égale toutes les parties.

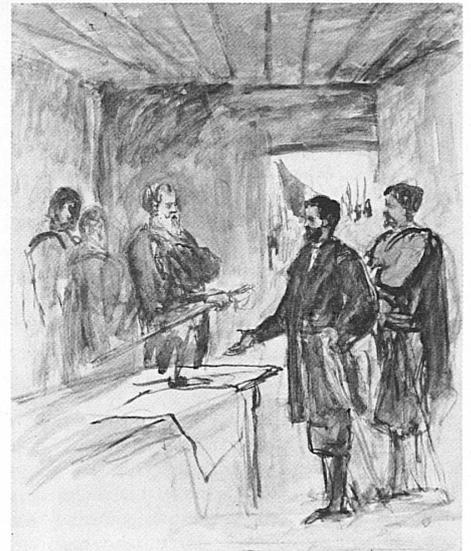
A la Convention de Philadelphie, on discuta longuement et à fond du rapport unissant les membres entre eux et avec le gouvernement central. Les représentants des petits Etats s'opposaient avec vigueur à l'exigence des plus grands, qui réclamaient une représentation plus forte au Congrès. Au cours de ce débat, Luther Martin, délégué du Maryland, eut l'occasion de rompre une lance en faveur de la Suisse, en soulignant notamment que le principe de l'égalité entre les cantons y avait toujours été tenu en haute estime, bien que Berne, par exemple, eût été en mesure d'acquiescer et de maintenir une prépondérance permanente. Toutefois, le 28 juin, le même orateur estimait que dans l'ensemble l'Alliance des Confédérés présentait plus de faiblesses que d'avantages. Dans un écrit publié au temps de la Convention et qui eut une large diffusion, Charles Pinckney, délégué de la Caroline du Sud, donnait à entendre que la Suisse pourrait dans un proche avenir subir un destin semblable à celui des républiques helléniques à l'époque de l'invasion macédonienne.

On peut constater, en conclusion, qu'une très haute opinion au sujet de la Confédération helvétique ne prévalait pas chez les pères de la Constitution américaine. Ils la considéraient comme une république au déclin, dont l'existence était menacée par l'absence d'un gouvernement central fort et qui, par conséquent, ne pouvait pas

Ringens um den demokratischen Gedanken in der Welt und projizierte die eigenen innenpolitischen Probleme auf die ferne Schwesterrepublik. Der Zusammenbruch der «Sklavenbarone» 1865 löste in den demokratischen Kreisen der Schweiz grössten Jubel aus. Eine Adresse an den amerikanischen Präsidenten wurde beschlossen und auch abgeschickt in Form von zwei Folianten mit 20000 Unterschriften von Bundesrat, vielen Kantonsregierungen, Vereinen und Privaten. In seinem Antwortschreiben behauptete der amerikanische Staatssekretär Seward höflich, der Präsident habe die beiden Folianten «mit Gefühlen tiefer und inniger Dankbarkeit» durchgelesen...

Amerikas Staatsmänner als Wandschmuck fürs Bundeshaus

Dem gleichen Geiste entsprang auch die sonderbare Idee, das damals noch völlig kahle Bundeshaus durch eine glorifizierende Darstellung der kriegerischen Geschehnisse jenseits des Ozeans auszumücken. Im «Bund» vom 15. August 1865 erschien folgender Aufruf: «Der amerikanische Krieg hat uns ein so hohes Beispiel republikanischer Volkskraft und aufopfernder Bürgertugend vor Augen geführt..., dass auch wir Schweizer als die einzigen Republikaner



Frank Buchser: Die Kapitulation General Lees vor General Grant in Appomatox. Aquarell, 54,5 x 43,3 cm. Vorstudie zu dem für das Bundeshaus in Bern geplanten Wandgemälde. Kunstmuseum Basel, Kupferstichkabinett

Frank Buchser: La capitulation du général Lee devant le général Grant, à Appomatox. Aquarelle, 54,5 x 43,3 cm. Etude préliminaire pour la fresque qu'on envisageait de placer au Palais fédéral, à Berne. Musée des beaux-arts de Bâle, Cabinet des estampes

Frank Buchser: La capitolazione del generale Lee davanti al generale Grant a Appomatox. Acquerello, 54,5 x 43,3 cm. Studio preliminare per il dipinto murale progettato per il Palazzo federale a Berna. Museo d'arte di Basilea, Gabinetto delle stampe

Frank Buchser: General Lee's capitulation to General Grant in Appomatox. Watercolour, 21 1/2 x 17 in. Preliminary study for the mural planned for the Federal Parliament in Berne. Print collection of the Kunstmuseum, Basle

servir de modèle à l'Amérique. Ils ne jetèrent pas de regards rétrospectifs sur les débuts de la Confédération et les débats ne révèlent nulle trace d'une évocation historique qui eût idéalisé l'ancienne Alliance. Le mythe de Tell ne se répandit aux États-Unis qu'à partir de la fin du XVIII^e siècle et, même alors, sous une forme très mesurée. C'est ce que l'historien américano-suisse Leo Schelbert a mis en lumière dans un chapitre significatif de son livre intitulé «*Quel Tell?*», publié en 1973 chez Payot, à Lausanne.

Switzerland in the Debates of the Constitutional Convention of Philadelphia

The transition from a loose league of states to a federal state with a strong central government is one of the most interesting and important aspects of the early history of the United States. The developments are comparable to those that took place in Switzerland in the first half of the nineteenth century, but it should not be forgotten that they moved much faster in the USA than in the Swiss Confederation. It has long been known that the shapers of the Swiss federal constitution of 1848 were guided by the American model of 1787. It is less well known that some of the Founding Fathers of the American republic were quite familiar with the institutional and internal political problems of the Confederation under the Ancien Régime and drew certain conclusions from them.

The so-called Continental Congress which had declared the United States independent on July 4, 1776, was a conference of delegates from thirteen British colonies on the east coast of the North American continent, which from this time onwards regarded themselves as sovereign states and members of a confederation. This de facto situation was legalized in 1777 by the Articles of Confederation. After the successful conclusion of the War of Independence, however, it quickly proved that the American confederation of states had many organizational weaknesses and that the clumsy Continental Congress was not a suitable instrument for the promotion of national interests. It was not able to put an end to economic dependence on the European powers and was not strong enough to force the individual states to fulfil their financial responsibilities towards the confederation as a whole. This fact, together with the continuing internal unrest in several states, convinced many influential statesmen that a new constitutional organization was necessary. A national constitutional convention would have to be convoked for this purpose, and a decision to take this step was reached by Congress, after long preliminary negotiations, in February 1787.

The convention, presided over by George Washington, met from the end of May to the middle of September of the same year in Philadelphia. It drafted the Federal Constitution of the United States which has remained in force

till the present day. The debates were dominated almost entirely by the advocates of a close union with a strong central government. Most of those taking part in the meeting were statesmen with an excellent knowledge of history and law. A study of the proceedings and of private records kept by some participants shows that very many examples from the early and more recent history of Europe were cited in the discussions, and that most speakers were quite familiar not only with English works on jurisprudence but with the general European literature on juridical and political philosophy. It was agreed from the first that the American nation was to be and to remain a republic. The republican state was, in the eyes of the Founding Fathers, morally good and virtuous per se. And they were equally united in the belief that in every monarchy there was an inherent danger of tyranny and corruption. It is understandable that in these circumstances they found those European states most interesting which had possessed or still possessed a republican government. In Antiquity this had been the case in Greece and Rome; in the modern world they generally recognized only two examples—the Netherlands and Switzerland.

While the Republic of Rome was for the most part seen in a very positive light in the debates of the Convention, and occasionally even heroized, the Founding Fathers directed a good deal of criticism against the Greek republics and the two modern states of a republican and federalist character. We shall restrict ourselves here to a few of their views on Switzerland.

On June 4, 1787, George Mason of Virginia made a speech in which he emphasized that it was important to create and systematically strengthen a sense of patriotism in the new American nation, for only by that means would it be possible to defend the country effectively if it were threatened by outside powers. Here he cited Switzerland, which he said had only been able to maintain its freedom and independence because its inhabitants had always been ready to take the greatest sacrifices upon themselves in order to defend their homeland.

A much less positive verdict on Switzerland than this rather hackneyed view was passed in a long speech by Alexander Hamilton on June 18. The knowledgeable and shrewd delegate of the State of New York very vigorously urged the strengthening of the American Union and declared with conviction that federations with a weak central government were bound to break down sooner or later. His principal examples were the German Empire and, first and foremost, the Swiss Confederation. In his opinion the Swiss no longer possessed a real union in the late eighteenth century, the cantons were disunited, some of them were in mercenary league with France, others with the Netherlands, and there was not even a single and truly competent diet. The federation of states had become completely "inefficient", and Hamilton considered its future extremely uncertain. James Madison of Virginia made similar statements (June 19). He found that the Confederation hardly deserved the name any more, it was weak both inside and out, its existence was menaced by the might of the Habsburgs and by France and it could not be regarded in any way as a model fit for American imitation. James Wilson of Pennsylvania was of the opinion that there were no historical models for the consolidated American Union and that something wholly new was being created in the

der alten Welt... eine würdige Pflicht erfüllen, wenn wir in unserm eigenen Hause der weltgeschichtlichen Tat des amerikanischen Krieges ein ewiges Gedenkeichen setzen.» Es wird der Plan entworfen, «die Präsidenten A. Lincoln und A. Johnson, den Staatssekretär Seward und die Generäle Grant und Sherman entweder einzeln oder zusammen in denkwürdigen Szenen durch Künstlerhand darstellen zu lassen und diese Bilder... dem schweizerischen Volk als National-eigentum zu schenken.»

Eine «Volkssubskription» war so erfolgreich, dass das Unternehmen für den Anfang wenigstens gesichert war und ein Künstler – im Solothurner Frank Buchser war er bald gefunden – beauftragt werden konnte, nach Amerika zu reisen. Wohl-versehen mit Empfehlungsschreiben, die seiner Reise einen offiziellen Anstrich verliehen, fand er rasch Zugang zu den höchsten amerikanischen Staatsämtern; man bot ihm sogar einen Raum im Kapitol als Atelier an. Buchser malte den Präsidenten Johnson, den Staatssekretär Seward, Bürgerkriegsgeneräle und zahlreiche massgebende Persönlichkeiten. Diese Porträts waren als Vorstudien zu einem Monumentalgemälde gedacht, wurden aber zur Hauptsache, denn das Wandbild kam nie zustande. Nur einige Skizzen liegen vor (Seite 5). Als der Geldzufluss aus der Heimat nachliess, verlor Buchser offenbar das Interesse; auch musste er sich aufs Geldverdienen verlegen und billige Porträtköpfe zu 50 inklusive Rahmen malen. Auf Reisen in den Westen, durch Virginia und zu den Seen entstanden seine besten Werke, Zeichnungen und Gemälde, die uns das «Nationaldenkmal» verschmerzen lassen. Zwei seiner Staatsbilder, die Generale Sherman und Lee, sandte Buchser dem Bundesrat: «Im Falle keine Subskription zur Deckung meiner Auslagen zu Stande kommen sollte, so möge der Hohe Bundesrath selber die Bilder als ein Geschenk von mir annehmen, mit der Bedingung dass sie in den Hallen des Bundespalastes ausgestellt verbleiben & vielleicht den Anfang einer nationalen Gallerie bilden mögen!» Der Bundesrat nahm sie als Geschenk an; lange hingen sie im Büro des Chefs des Militärdepartements, dann wurden sie magaziniert und später als Depositum dem Berner Kunstmuseum übergeben.

Heisses Eisen im Malkasten

Die aussenpolitische Situation unseres Landes, wie sie eingangs gestreift wurde, erschreckte und beschäftigte aufs tiefste den damaligen Bundesrat Jakob Dubs. Er sah für die Schweiz nur zwei Möglichkeiten: Resignation als Staatswesen oder expansives Streben nach europäischer Grossmachtstellung. Letzteres schien ihm durchaus möglich. Als wichtigstes Anliegen der schweizerischen Politik galt ihm ein Vorstoss ans Mittelmeer, sowohl über Südtirol nach Venedig wie auch durch Savoyen nach Nizza, das als Mittelmeerhafen «die Möglichkeit zu einer engeren Verbindung mit Nordamerika» böte, der Schwesterrepublik, «mit der ein näheres Bündnis eingeleitet werden könnte». Die Einstellung der verantwortlichen Amerikaner zu diesen grotesken Plänen zu sondieren, war niemand anderer ausersehen als Frank Buchser, dessen künstlerischer Sendung diplomatisches Geheimgepäck beigelegt wurde. (Die Schweiz besass damals in den USA noch keine diplomatische Vertretung.) So nebenbei sollte sich Buchser auch nach einem amerikanischen Hinterladegewehr umsehen,

New World. An exceptionally well-read jurist, he was at least basically right in his statement that Switzerland was only held together as a nation by dangers from outside that threatened all its parts equally (June 20).

The relation of the member states to each other and to the central government came in for very lengthy and detailed discussion at the Convention of Philadelphia. The representatives of the smaller states energetically opposed the claims of the larger ones to a stronger voice in Congress. In the course of this debate Luther Martin of Maryland at least had something positive to say about Switzerland. He stressed the fact that the principle of equality had always been upheld among the Confederates although Berne, for example, would have been quite capable of setting up and holding a permanent hegemony. On the whole, however, even Martin saw more weaknesses than virtues in the Swiss Confederation (June 28). Charles Pinckney of South Carolina also suggested that Switzerland might in

the near future suffer a fate similar to that of the Greek republics at the time of the Macedonian invasion; he expressed this view in a pamphlet that was published during the Convention and was widely circulated.

To sum up, we may say that the opinion of the Swiss Confederation held by the American Founding Fathers was not particularly high. They considered it a republic in decline, its existence jeopardized by the fact that it had not a strong central government, and therefore no model for America. A backward glance at the early years of the Swiss Confederation was not undertaken, and there is no trace in the Convention debates of any idealized conception of its origins. The myth of William Tell spread in the United States only at the very end of the eighteenth century, and even then only in a moderate form, as the Swiss-American historian Leo Schelbert makes clear in a highly informative chapter of his book "Quel Tell?" (Payot, Lausanne 1973).

das sich für die Schweizer Armee eignen könnte. Natürlich kam Buchser zu keinem Ziel, obwohl er Kontakt mit den höchsten Staatsstellen hatte; es fehlte ihm die diplomatische Legitimation.

Dass Du mich liebst, das weiss ich...

Dem eidgenössischen Liebeswerben begegnete die grosse Schwesterrepublik zwar stets freundlich, aber doch zurückhaltend, sie gab sich liebenswürdig, war aber natürlich zu keinerlei Eskapaden bereit. Mangels begabten Partners gingen die grossen Verbrüderungsszenen doch eher als schweizerische Monologe über die Bühne.

Literatur: Bundesblatt; H. Lüdeke: Frank Buchsers amerikanische Sendung, Basel 1941; H. Würmli: Frank Buchser in Amerika, Ausstellungskatalog Schlösschen Bleichenberg, Biberist, 1975; Julia Gauss: Ein Künstler auf diplomatischer Extratour, Sonderdruck aus Bd. 72 der «Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde», 1972.



Frank Buchser: «Eternal Plains», Bleistift, Kunstmuseum Basel, Kupferstichkabinett. Das Bild ist 1866 auf Buchsers Reise in den Westen entstanden und zeigt einen Abschnitt der 1869 vollendeten Pazifikbahn (siehe auch Seiten 48/49)

Frank Buchser: «Eternal Plains», crayon, Musée des Beaux-Arts de Genève, Cabinet des Estampes.

Ce dessin, exécuté en 1866 pendant le voyage de Buchser vers l'Ouest, montre un tronçon du Pacific Railway, qui fut terminé en 1869 (voir aussi pages 48/49)

Frank Buchser: «Eternal Plains», matita, Museo d'arte di Basilea, Gabinetto delle stampe. Il disegno è stato creato da Buchser durante il suo viaggio nell'Ovest del paese e ritrae un tratto della ferrovia del Pacifico terminata nel 1869 (vedasi anche le pagine 48/49)

Frank Buchser: "Eternal Plains", pencil, print collection of the Kunstmuseum, Basle. The drawing was made in 1866 in the course of Buchser's journey to the West and shows a stretch of the Pacific railroad, completed in 1869 (see also pages 48/49)